

# Krautauer Zeitung.

Nr. 279.

Donnerstag, den 4. December

1862.

Die „Krautauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementpreis: für Krautau 4 fl. 20 Kr., mit Verabreichung 5 fl. 25 Kr. — Die einzelne Nummer wird mit die erste Einrückung 7 Kr., für jede weitere Einrückung 3 1/2 Kr.; Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krautauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaction: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

## Amtlicher Theil.

Se. I. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 24. November d. J. die Wahl des Universitäts-Professors Med. Dr. Joseph Majer zum Präsidenten der Krautauer Gelehrten-Gesellschaft für das Jahr 1863 allergnädigst zu genehmigen geruht.

## Nichtamtlicher Theil.

Krautau, 4. December.

Nach Turiner Berichten vom 2. d. hat Cassinis den Auftrag zur Bildung eines neuen Ministeriums angenommen. Die Perseveranza meldet, Cassinis habe dem König versprochen an dem neuen Ministerium Theil zu nehmen, nicht aber sich an dessen Spitze zu stellen. — Einem anderen Gerüchte zufolge sollen Sella, Petitti und Matteucci im Ministerium bleiben.

Wie man aus München schreibt, wird noch vor der für diese Woche anberaumten Abreise des greisen Königs Ludwig nach Nizza ein Familienrath gehalten, der sich mit der griechischen Thronfolge beschäftigt wird und zu welchem auch Prinz Adalbert von Baiern auf telegraphischem Wege nach der Residenzstadt beschieden worden ist. Mit diesem Familienrath bringt man auch die Thatsache in Verbindung, daß der bisherige englische Gesandte am Münchener Hof, Sir John Ralph Milbank, von seiner Regierung die Weisung erhalten haben soll, vor der Ankunft seines Nachfolgers, des Lord Loftus, die bayerische Hauptstadt nicht zu verlassen. Das Londoner Cabinet scheint nicht geneigt, die Ansprüche der Wittelsbacher Dynastie auf die griechische Thronfolge zu unterstützen. Das Stockholmer Aftonblad läßt sich nämlich von zuverlässiger Seite berichten, daß in diesen Tagen von Griechenland und durch das britische Cabinet dem Prinzen Oskar von Schweden das Anerbieten gemacht worden sei, Griechenlands erledigte Königskrone anzunehmen, und das Gerücht fügt hinzu, Prinz Oskar habe dieses Anerbieten abgelehnt.

Es kann, schreibt man der „D.Z.“ aus Paris, heute als gewiß betrachtet werden, daß die drei Schutzmächte Griechenlands übereinkommen werden, gemeinschaftlich einen Candidaten zu empfehlen. Man glaubt, England, das in der Frage eine starke Position genommen hat, werden den Gemal der verstorbenen Königin von Portugal, Ferdinand von Sachsen-Coburg-Gotha, vorschlagen. Dieser Prinz, welcher den Königstitel führt und Portugal als Regent regiert hat, ist 1816 geboren und besitzt, außer dem Könige von Portugal, einen jüngeren Sohn. Rußland dürfte die Candidatur der eines schwedischen Prinzen vorziehen. Uebrigens spricht man nirgends mehr von Bernadotte, und Frankreich wird den Prinzen Alfred, so oder so, gerne beseitigt sehen.

Nach der Mittheilung eines Pariser Correspondenten der „Frankf. Postz.“ ist der letzte Minister-rath in Compagnie sehr stürmisch gewesen. Mehrere Minister sollen das Verhalten Englands in der griechischen Angelegenheit aufs heftigste angegriffen und sogar ihre Entlassung angeboten haben, falls der Kaiser nicht von nun an eine entschiedenere Politik befolgen wolle. Soviel ist gewiß, schreibt derselbe, daß das englische Verfahren bezüglich der griechischen Thronfolge in Frankreich, wo trotz der Allianz zwischen den Regierungen der Westmächte doch eigentlich keine aufrichtigen Sympathien für die britische Nation herrschen, einen schlimmen Eindruck macht, und daß die etwaige Erwählung des Prinzen Alfred als eine Niederlage der französischen Politik im Orient angesehen würde. Die diesige Regierung dürfte daher nicht eine ruhige Zuschauerin bleiben.

Wie der „Österreichischen Post“ aus Paris geschrieben wird, hat der Kaiser L. Napoleon die Absicht, eine Conferenz der drei Großmächte, welche das Londoner Protocol vom 3. Februar 1830 unterschrieben haben, behufs einer Regelung der griechischen Angelegenheit zu veranstalten. Der Ort der Conferenz soll London sein. Bis gestern (29. v. M.) hatte jedoch Lord Cowley noch keine Instruktionen in dieser Beziehung, und man weiß daher noch nicht, ob England auf den Vorschlag eingehen wird. Behufs der Verhandlung ist der Marquis v. Cadore, der erste Gesandtschaftssecretär in London, in aller Eile dorthin abgegangen, denn Herr v. Flahault hat keine Autorität und ist unhaltig; ein großer Uebelstand in einer Zeit, wo die Throncandidate eines englischen Prinzen das Kaiser-Cabinet in Athen hält. Man erwartet übrigens in ein, zwei Tagen eine entschiedene Erklärung des britischen Gouvernements.

Die Besetzung der Insel Lemnos durch die Engländer scheint sich zu bestätigen, und wie versichert wird, haben sie es dabei nicht bloß auf eine einfache Kohlen-Niederlage abgesehen. (S. u. Griechenland.)

Schon zu wiederholten Malen ist von Unterhandlungen die Rede gewesen, welche im Namen der französischen Regierung in Rom zu dem Zweck eingeleitet sein sollten, den heiligen Stuhl zu bestimmen, in der Verwaltung des Kirchenstaats einige Reformen einzuführen, welche schon 1849 in dem bekanntesten Schreiben des Kaisers Napoleon an Edgar Ney angedeutet sind. Eine in der „Opinion nationale“ erschienenen Correspondenz aus Rom beschäftigt sich mit über diesen Gegenstand umlaufenden Gerüchten und bemerkt, der Cardinal Antonelli habe zwar die ersten Entwürfen mit einer gewissen Schöffheit zurückgewiesen, dann aber sich nachgeben erwiehen und habe zuletzt sogar zu verstehen gegeben, daß der heilige Vater in Erwiderung der ihm vom Kaiser Napoleon bereits erwiesenen sowie der wohl noch zu erwartenden Dienste nicht abgeneigt wäre, sich nach Paris zu begeben, um zur Salbung des erwählten Herrschers von Frankreich zu schreiben. Diese Nachricht klingt allerdings wenig wahrheitsähnlich; indessen gibt sie der Correspondenz der „Opinion nationale“ auch nur wieder, um sie zu widerlegen; ja er stellt sogar die Existenz von Unterhandlungen zu dem genannten Behuf in Abrede.

Ueber die preussische Rückantwort auf die Circulardepesche des Hrn. Drouyn de Lhuys schreibt ein Berliner Corr. der „Schl. Zig.“: Zunächst kann man von einer preussischen Circulardepesche in dieser Angelegenheit überall nicht sprechen, — eine solche existirt nicht. Das Berliner Cab.net hat zwei auf das französische Rundschreiben bezügliche Schriftstücke erlassen, gerichtet an ihre Gesandtschaften in Paris und Turin, und in ihnen ihrer Uebereinstimmung mit den von Hrn. Drouyn de Lhuys entwickelten Ansichten über die römische Frage in allgemeiner Weise Ausdruck gegeben; eine Ausnahme auf die Note des Hrn. von Schleinitz vom 13. October 1860 ist, wie ich ausdrücklich wiederhole, in keiner dieser beiden diplomatischen Correspondenzen vorhanden.

Ueber Russell's in Sachen der dänisch-deutschen Angelegenheit am 24. v. M. in Kopenhagen übergebene neue Depesche schreibt man der „Fr. Postz.“: Carl John Russell weist in derselben gegenüber der dänischerseits wegen der Sprachangelegenheit in den Herzogthümern aufgestellten Behauptungen besonders auf die Noten des Fürsten Schwarzenberg und des preussischen Cabinets vom Jahre 1851 hin, aus welchen klar hervorgeht, daß diese Sprachangelegenheit schon damals Gegenstand sehr ernster diplomatischer Vorstellung gewesen ist, was bekanntlich die dänische Note in Abrede stellt. Die englische Note empfiehlt daher u. A. dringend die Erledigung dieser Frage, bezweckend die Rücknahme der das deutsche Element auf dänischem Boden gänzlich auszumergen geeigneten und bestimmten Verordnungen. Die Wirkung dieses sehr umfassenden, die ganze Angelegenheit nicht nur die besonders hier erwähnte Sprachfrage — eingehend behandelnden Actenstücks soll eine um so größere in Kopenhagen sein, als sie die Mitte v. M. von Preußen und Oesterreich gemeinsam erhobene Androhung einer Bundesexccution unterstützt. Diese letztere Drohung hatte, wie man uns mittheilt, ihren Grund darin, daß den beiden deutschen Großmächten die bestimmteste Kunde von neuen Destruirungsabsichten des dänischen Cabinets, die namentlich außer einem neuen Wahlgesetze die finanziellen Verhältnisse der Herzogthümer betreffen sollen, zugeworfen war. Eventuell soll es nicht bei der Drohung der Bundesexccution bleiben, sondern ein Antrag, solche endlich vorzunehmen, demnächst am Bunde gestellt werden, und zwar von Seiten Badens. Was der englischen Einmischung großes Gewicht verleiht, ist der Umstand, daß Lord Palmerston, wie als zuverlässig gemeldet wird, die Ansichten Lord Russell's vollkommen theilt.

Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, ist die die dortige Stimmung gegen den schwedischen Hof unfreundlicher geworden, seitdem man in Stockholm sich abgeneigt zeigt, die Politik des Ministers Hall im Nothfalle thatkräftig zu unterstützen. Man meint, da König Karl XV. seine skandinavischen Pläne schwächen sehe, sei ihm an der Freundschaft mit Dänemark weniger gelegen. Bald wird es sich herausstellen, wie dieses sich in der Wirklichkeit verhalte, da Graf Russell gelassen sei, seine Vorschläge noch ferner in Kopenhagen geltend zu machen und es dann wahrscheinlich angemessen finden wird, auch dem schwedischen Hof gegenüber seine Pläne hervorzuhoben, da doch dieser

ebenfalls dem londoner Protocoll beigetreten ist. Der schwedische Minister des Auswärtigen, Graf Manderström, ist ein sehr vorsichtiger Mann, wobei wir noch bemerken müssen, daß in Schweden diese Angelegenheiten direct bei dem Könige zum Vortrage kommen, nicht vorher, wie die übrigen Staatsverhältnisse, im Staatsrath berathen werden.

In Lissabon waren beim Abgang der letzten Nachrichten unbestimmte Gerüchte über eine Umgestaltung des Cabinets verbreitet: namentlich sollte der Viscomte Sa da Bandeira durch den Grafen de Torres Novas ersetzt werden. Mittlerweile hat die „Gazette de Portugal“ diesen Gerüchten widersprochen.

Ueber die Ursache der Anwesenheit des montenegrinischen Wojwoden Mirko Petrovic in Wien werden täglich neue Gerüchte in Umlauf gesetzt. Als die Version, welche die meiste Wahrscheinlichkeit für sich hat, gilt die, daß man russischerseits den Montenegrinern den Rath gegeben habe, sich an Oesterreich zu wenden, um durch seine Vermittlung die Aufhebung jenes Punktes des türkisch-montenegrinischen Friedensvertrages zu bewerkstelligen, welcher den Bau von Blockhäusern zum Schutz der bekannten Militärstraße anordnet. Da der Protest, den Rußland eingeleitet, von der Pforte mit Achtung bei Seite gelegt wurde, so schmeichelte man sich mit der Hoffnung, Oesterreich als eine der Türkei befreundete Macht werde, wenn es für die Besichtigung des obengenannten Punktes sich verwendet, eher Gehör finden.

Dem „Moniteur“ schreibt man aus London, daß das erste Requirat der Absetzung des Generals McLellan dessen Ansehens an die demokratische Politik gewesen sei.

Der preussische Minister-Resident v. Wagner in Mexico, unter dessen Schutz sich auch die spanischen Unterthanen sehen, hat, wie die „Correspondencia“ vom 24. v. M. mittheilt, eine Note an die Regierung des Präsidenten Suarez erlassen, der sich weigerte, die Ausländer von einer außerordentlich auferlegten Steuer auszunehmen. Nach einem in Paris eingegangenen Telegramm hätte der mexicanische Minister des Auswärtigen ablehnend auf diese Note geantwortet.

Man spricht von einem sehr theilnehmenden Briefe, in dem Jefferson Davis, der Präsident der Südstaaten, dem General Forey seine Dienste angeboten hätte. Der König der Belgier hätte seinerseits die amerikanische Vermittlungs-Angelegenheit, resp. die Anerkennung des Südens wieder in Anregung gebracht und beabsichtige, in Paris wie in Petersburg in dieser Sache Schritte zu thun.

Dem „Hamb.-G.“ zufolge, ist der k. sächsische Bevollmächtigte zu der in Hamburg versammelten Elbzoll-Conferenz, Geh. Finanzrath Lehmann, von seiner Regierung plötzlich abberufen worden. Ob dieser Umstand auf den weiteren Verlauf der Verhandlungen eine Wirkung ausüben wird, ist abzuwarten. (Ueber den Stand derselben schreibt die „R.Z.“: Der im August d. J. in Dresden zwischen Oesterreich, Preußen, Sachsen und Hamburg vereinbarte Entwurf zu einem der Elbschiffahrts-Commission vorgelegenden Ausgleichsplan in der Elbzollfrage ging bekanntlich in der Hauptsache darauf hinaus, die gesammte Elbzollerhöhung zu Wittenbergen zu concentriren und allein von der Berührung dieses Punktes abhängig zu machen, also den ganzen oberelbischen Verkehr im Uebri-gen von allen Elbzöllen zu befreien und einen gleichmäßigen Elbzolltarif von bez. 20, 4 und 1 Silbergroschen für den Bentner einzuführen, dessen voller Ertrag an Hannover, Dänemark, Mecklenburg und Anhalt überlassen werden sollte. Dieser Collectiv-Antrag hat indes, wie verlautet, die unbedingte Zustimmung dieser Uferstaaten nicht erhalten, dieselben haben aber ebensovienig den Dresdener Vorschlag einfach zurückgewiesen, lassen vielmehr eine Erledigung der Elbzoll-Differenzen auf dieser Basis erwarten, sobald man von der andern Seite sich zu einigen Modificationen des Vorschlages im Sinne des früheren hannoverschen Mecklenburgischen Ausgleichsplanes verstehen werde. So soll im Wesentlichen die Sachlage bei den Hamburger Elbzoll-Conferenzen sein, wodurch endlich wirklich Aussicht eröffnet würde, im Wege eines Compromisses eine den Bedürfnissen des Verkehrs genügende umfassende Reform des Elbzollwesens zu Stande zu bringen.

## Verhandlungen des Reichsrathes.

Die Bankacte wird im Herrenhause erst am nächsten Montag zur Berathung in der Plenarsitzung

gelangen. Die Berathung hierüber im Finanzausschusse wurde Montag geschlossen. Der Berichtsteller Freiherr v. Baumgartner ist jedoch überhäufte Geschäfte wegen nicht im Stande, den Bericht vor Mittwoch Abends zu Ende zu bringen. Donnerstag wird derselbe sämtlichen Mitgliedern des Hauses zugestellt und denselben zweimal 24 Stunden zum Studium derselben frei gelassen werden. Die Finanzcommission des Herrenhauses hat sich, wie der „Wirtschaftler“ berichtet, den Ansprüchen der Bank um Vieles genähert. Sie soll beantragen, daß der Staat der Bank eine jährliche Pauschalsumme von 1,040.000 fl. als Entgelt für das Darlehen von 80 Millionen zahle. Die Pauschalsumme repräsentirt eine 1 2/10 percentige Verzinsung desselben und ist daher gegenüber dem Ansprüche der Bank mit jährlichen 1,600.000 fl. ö. W. oder 2 percentige Zinsen um 560.000 fl. geringer. Die Finanzcommission des Herrenhauses scheint nämlich von der Ansicht ausgegangen zu sein, daß die Notenbedeckung auf Grundlage des in der Regierungsvorlage entworfenen Systems geregelt werden solle. Bei einer Drittelbedeckung, welche bis zu einer gewissen Höhe der Notenausgabe gelten soll, müßte die Bank auch für die dem Staate zu leihenden 80 Millionen die metallische Drittelbedeckung herstellen, welche eine runde Summe von 26 Millionen Silber erfordern würde. Dieser Metallschlag wäre der Bank mit 4 Percent, d. h. mit jener Summe von 1,040.000 fl. zu verzinsen. Bezüglich der Notenbedeckung wird uns eine Andeutung, welche es als wahrscheinlich erscheinen läßt, daß der Antrag der Finanzcommission das englische System nicht adoptirt, daß sich derselbe vielmehr der ursprünglichen Regierungsvorlage nähert, ohne dieselbe ganz zu acceptiren. Demnach dürfte bis zu einer Notenausgabe von 300 Millionen die metallische Drittelbedeckung, für die Notensummen zwischen 300 und 400 Millionen die Halbbedeckung, und für jede Note über 400 Millionen die Vollbedeckung vorgeschlagen werden. Die Grundlagen wären darnach mit der Regierungsvorlage identisch, und die Abstufungen wären verschieden; letztere beziffern sich in der Regierungsvorlage mit 330 und 440 Millionen, über welche letztere Summe hinaus erst die Vollbedeckung eintreten sollte.

In der Dienstag abgehaltenen Sitzung des Finanzausschusses des Herrenhauses, welche von 10 Uhr bis 3 Uhr Nachmittags dauerte, wurde das Budget für 1863 beraten. Man hofft mit demselben in einer, höchstens zwei Plenar-Sitzungen zu Ende zu kommen.

In der Samstag stattfindenden Plenar-Versammlung wird das Gebührende erledigt werden. Der Finanzausschuß beantragt die en bloc-Annahme dieses Gesetzes in jener Fassung, welche das Abgeordnetenhaus vorgeschlagen hat, um so mehr, als die Gültigkeit desselben sich eigentlich nur auf 10 Monate, nachdem bereits zwei überschritten sind, zu erstrecken hat.

## Oesterreichische Monarchie.

Wien, 3. Dec.

Se. I. Hoheit Herr Erzherzog Ferdinand Maximilian wird dieser Tage in Triest eintreffen.

Dem Vernehmen nach soll auf der Semmeringer Haide bei Kaiser-Ebersdorf ein mit einer Equitations-Anstalt verbundenes Militair-Gesäß errichtet werden. Dasselbe würde sich auch mit Ausbildung von Pferdewärtern befassen.

Das Archiv der k. Stadt Znaim, schreibt man dem „Mähr. Corr.“, galt früher mit Recht als der reichhaltigste Urkundenschatz in Mähren. Hatte ja doch die Stadt in früheren Jahrhunderten eine weit wichtigere Rolle gespielt als jetzt. Noch in den vierziger Jahren verzeichnete Boczek, der übrigens keinwegs ein vollständiges Verzeichniß geben wollte, mehr als 500 Nummern von meist historisch wichtigen Urkunden. Von allem dem ist jetzt seit Jahren fast nichts vorhanden, und ein Geschichtsforscher, der die Quellen an drei und Stelle in Augenschein nehmen wollte, würde eine schmerzliche Enttäuschung erfahren. War es Mangel an der gehörigen Aufsicht, oder war es Oeringung gegen den Urkundenschatz, den man als unnützen Plunder wegwerfen wollte — wir wollen zur Ehre der damaligen Stadtpräsidenten das erstere hoffen — genug, die Urkunden verschwanden nach und nach, und wie die dumpe Sage geht, die wir übrigens nicht verbürgen wollen, sollen nicht gar wenige Stücke bei Käsehändlern einem schmutzigen Schicksale anheimgefallen sein. Mag nun aber auch die Ursache und die Art des Verschwindens dieser kostbaren Denk-

maler der Vergangenheit welche immer gewesen sein, wahr ist es: die traurige Thatsache steht fest, daß das Sinaimer Archiv für immer zu den Todten geworfen ist.

Seit einigen Tagen treffen aus der Lombardie, den Marken und Umbrien, Modena und Toscana Priester in Venedig ein, welche größtentheils mit Zurücklassung ihrer ganzen Habe sich hierher geflüchtet haben. Auf die Priester der Gesellschaft Jesu wird besonders stark gefahndet und der größte Theil derselben hat im lomb.-venetianischen Königreiche eine Zufluchtsstätte gefunden. In Verona, Padua und hier sind die Häuser dieses Ordens überfüllt und z. B. hier, wo bloß für sechs Priester Stützplätze vorhanden sind, weilen nun mindestens dreimal so viele, so daß vom Ordens-Provinzial die Erlaubniß gegeben wurde zur Deckung der Erhaltungskosten des so vermehrten Hausstandes Almosen zu sammeln.

## Deutschland.

Im „Nürnberg Correspondenten“ wird der Vorschlag gemacht, den Sitz des großdeutschen Reichs, da die Erlaubniß, ihn in Frankfurt zu nehmen, auch vom Senat nicht zu gewärtigen sei, an den Aufenthaltsort seines jeweiligen Präsidenten, also demalen nach Bamberg, wo Frhr. v. Lerchenfeld wohnt, zu verlegen.

Der preussische Gesandte am päpstlichen Hofe, Freiherr v. Canitz, ist in bedenklicher Weise erkrankt, und zwar sollen die Krankheits Symptome auch auf einen afficirten Gemüthszustand schließen lassen.

Wie die Kreuzzeitung vom 2. d. meldet, circuliren Gerüchte über bevorstehende Veränderungen in den höheren Beamtenstellen. Dabei werden einige früher zur Disposition gestellte Verwaltungsbeamte genannt.

Wie der Süddeutschen Bzg. aus Berlin geschrieben wird, bezieht sich die mysteriöse Warnung, welche kürzlich die „Sternzeitg.“ wegen compromittirender Correspondenzen gegen einen fremden Diplomaten aussprach, auf den württembergischen Gesandten in Berlin, Hrn. v. Linden.

Herr Beckerath hatte kürzlich als Vorsitzender des Handelstagsausschusses ein Audienz beim Könige von Preußen, bei welcher Gelegenheit auch die Lage des Landes zur Sprache kam. Beckerath erklärte, daß man namentlich in der Rheinprovinz fast in allen Volkstheilen mit dem Abgeordnetenhaus einverstanden sei, während es der Regierung leicht sein würde, mit einem gewissen Entgegenkommen die Rheinprovinzen zu befriedigen. Die Antwort des Königs war, wie die Weser-Zeitung meldet, durchaus ungünstig, und eröffnete keine Aussicht auf ein solches Entgegenkommen. Der König wiederholte auch hier die Erklärung, daß er die Armeeorganisation aufrecht zu halten gedenke, und bezeichnete diese Richtung seiner Politik als die allein richtige.

Die Nachricht der „Breslauer Zeitung“, als ob für die Königin von Griechenland in Pr. = Schlessien Güter angekauft worden seien, wird nun in authentischer Weise dahin berichtet, daß die Güterankäufe für den Großherzog von Oldenburg und für dessen Halbbruder den Herzog Elmar von Oldenburg geschahen. Die Königin von Griechenland besitze in Schlessien keine Güter, und beabsichtige auch keine anzukaufen.

Ein Frankfurter Journal läßt sich von Kassel berichten, daß die Großmächte vielleicht in jeder einzelnen der Streitfragen einzusprechen gewillt seien, und fügt die Mittheilung als „zuverlässige Nachricht“ bei, daß Herr v. Schmerling nur abgereist sei, um seine Gemalin zu holen, da er längere Zeit in der kurhessischen Residenzstadt verweilen werde. Ueber die Glaubwürdigkeit der gedachten zuverlässigen Quelle kann schon der eine Umstand einen Anhaltspunkt geben, daß der Frhr. v. Schmerling bekanntlich gar nicht verheiratet ist.

Die sächsische Armee soll nächstens eine vielfach neue Bekleidung erhalten.

Ueber das Befinden Sr. Majestät des Königs von Württemberg geben aus Nizza fortwährend die erfreulichsten Nachrichten ein. Am 27. November ist die Prinzessin Marie, älteste Tochter des Königs nach Nizza abgereist.

## Frankreich.

Paris, 30. November. In dem heute zu Compiegne abgehaltenen Ministerrathe kam die griechische Angelegenheit vor. Herr Drouyn de Lhuys sollte in demselben Mittheilung der Doppelnote machen, wodurch man gleichzeitig in London und Petersburg Frieden und Eivtracht predigen wollte. Marquis Banneville, Director der auswärtigen Politik, ist mit Herrn Drouyn de Lhuys nach Compiegne gegangen. — Vor der Zurückkunft des Kaisers sollen auch über die obligatorische Conversion der 4 1/2 pSt. in Compiegne Maßregeln beschlossen werden. Wie es heißt, würde über diese Angelegenheit der Kaiser die Herren Fould und v. Rothschild zu Rathe ziehen. — Vorgestern hat die Kaiserin in Compiegne das dortige Local-Comité und die Ehrendamen der Stiftung des kaiserlichen Prinzen zu empfangen geruht. — Die verurtheilten Schriftsteller haben die Gnade des Kaisers angerufen, die ihnen auch bereits zu Theil geworden ist. Sie sind gestern sämmtlich freigelassen worden. — Die Departemental-Commission, welche unter dem Vorstehe des Senators Dumas die Generalrats-Geschäfte im Seine-Departement versteht, ist durch kaiserliches Decret auf 8. Dezember zu einer 14tägigen Session einberufen worden. — Graf Treillard, Præsident der im Ministerium des Innern, ist durch kaiserliches Decret zum Mitglied der Commission für literarisches und künstlerisches Eigenthum ernannt worden. — Charles Hugo hat gegen den „Moniteur“ eine gerichtliche Klage anhängig gemacht, weil seine recensirende Erklärung in Betreff des Theaterstücks Les Misérables vom amtlichen Blatte nicht abgedruckt worden ist. — General Forey verlangt in seinen neuen Depeschen, daß man ein Geschwader zur Blokade der Westküste Mexico's ins stille Weltmeer schicken möge. Es ist die

Rede davon, den Vice-Admiral Rigault de Genouilly nach Ablauf seiner vorkrisis-mäßigen Dienstperiode im Commando des mexicanischen Geschwaders durch Vice-Admiral Bouet-Willaurm zu ersetzen. — Wie es heißt, hat der Kaiser fünf der ersten Rheder aus Hamburg zu einer Besprechung in Angelegenheiten des Freihandels hieher einladen lassen; dieselben werden wahrscheinlich am nächsten Sonnabend eintreffen. Den Eingeladenen soll eine große Reihe von Fragen (man sagt 150) zur Beantwortung und weiteren Beschlussfassung vorgelegt werden.

In Compiegne ist man aufgebracht darüber, daß der Prinz von Wales auf seiner Reise durch Frankreich den Kaiser und die Kaiserin nicht besucht hat. Der Prinz hielt ein so strenges Incognito, daß er in Paris nicht im Gesandtschaftshotel übernachtete, sondern im Hotel Mirabeau, Rue de la Paix, wo ihn der englische Gesandte besuchte.

Die Broschüre des Prinzen Napoleon hat nicht den Erfolg gehabt, den man erwartete. Man hat den Preis bereits von 3 auf 1 Fr. herabgesetzt.

## Belgien.

Das gefährdete Meeting zu Antwerpen ist am 28. Nov. in aller Stille vorübergegangen. Die städtischen und militärischen Behörden hatte großartige Vorsichts-Maßregeln getroffen, die sich glücklicher Weise als völlig unnütz erwiesen. Die ganze Bürgergarde war unter dem Gewehr, die gesammte Garnison schlagerfertig in allen Casernen. Nichts hat sich auf den Straßen gerührt, nur die Verteidiger der Ordnung selbst, die Bürgergardisten, haben bei dem Vorübermarsche vor dem Hotel des Gouverneurs diesem unbeliebten Beamten eine Kanonmusik gewidmet. Auch auf dem Meeting selbst ging es stiller zu als früher, da die an der Spitze stehenden Männer alles aufboten, um die Versammlung im Geleise der Ordnung und des Friedens zu erhalten. Außer einigen beiläufigen Groans zu Ehren des Generals Chazal und den bekannten Verwünschungen gegen das Kriegsbudget und die Befestigung, drehten sich die Verhandlungen denn auch hauptsächlich nur um die Frage, ob die Stadt bei den demnächstigen Neuwahlen für den Gemeinderath sich beteiligen solle oder nicht. Das Meeting entschied sich für Ersteres und stellte eine Liste von Candidaten auf, welche neben den Namen der meisten jüngst zurückgetretenen Gemeinderäthe auch jene von zwei der energischsten Meetings-Redner aufweist. Hiernach ging die Versammlung ruhig auseinander.

## Großbritannien.

Die neueste Post vom Kap ist vom 21. October und meldet, daß in Mittelburg, Colesbury und Hoptown in Folge der Dürre eine Hungersnoth ausgebrochen ist. An der Grenze ist Alles still, aber in der Kransvaal-Republik herrscht Bürgerkrieg. Der Präsident hatte sich geweigert, die Zügel der Regierung dem neugewählten Präsidenten zu überlassen, und der letztere mußte zur Gewalt schreiten, um ihn dazu zu zwingen. Es ist zum Kampfe zwischen den nebenholländischen Factionen gekommen, und es ist Blut geflossen. Herr Praetorius, der Präsident des freien Staates, ist nach dem Baal gegangen, um einen Versuch zur Wiederherstellung der Ordnung zu machen.

Ein französisches Telegramm meldete vor ein paar Tagen, daß der Suez-Canal theilweise eröffnet sei und seiner Vollendung mit raschen Schritten entgegengehe, denn die „Gewässer des Mittelmeers“ hätten schon begonnen, sich in den See Timlah zu ergießen. Die „Times“ schüttelt zu dieser siegesfrohen Ankündigung bebentlich den Kopf und bemerkt: „Ein Brief unseres Correspondenten aus Alexandria vom 17. November ist geeignet, den Glanz dieser großen That einigermaßen zu trüben. Der Timlah-See liegt nur halbwegs auf der über die Landenge laufenden Linie. Die Wasser des Mittelmeeres kamen nur aus dem See Menzaleh, dessen schlammige und träge Fluth die ganze nördliche Küste von Aegypten bedeckt, und die Verbindung wurde durch einen kleinen Aquädukt und nicht durch einen großen Canal hergestellt. Hierzulande ist man der Meinung, daß ein Schiffcanal quer über die Landenge niemals zu wirklichem Gebrauche eröffnet oder im Zustande practischer Brauchbarkeit erhalten werden kann. In Aegypten selbst, zumal unter einigen der Unterbeamten des Herrn Lesseps, die schon eine Art von Verzweiflung zu besitzeln scheinen.“

## Dänemark.

Nach Berichten der H. N. aus Kopenhagen, wäre die zweite Tochter des Prinzen Christian zu Dänemark, Dagmar, geb. den 26. Novbr. 1844, zur Gemalin des russischen Thronfolgers Nicolaus, geb. am 20. Sept. 1843, bestimmt, und werde die Prinzessin nicht confirmirt, weil sie eventuell zur griechischen Kirche übertreten solle. Auch ein paar Provinzialblätter erwähnen dieses Gerüchtes. Prinzessin Dagmar ist minder schön als ihre Schwester, soll aber geistig sehr begabt und unternehmenden Sinnes sein.

## Italien.

Nicht leicht boten die Sitzungen einer Volksvertretung ein so unmoralisches Schauspiel, wie die gegenwärtigen des Turiner Parlaments. Veröffentlichung der Staatsgeheimnisse, Ausschweifen der vertrautesten Gespräche, unverschämte behauptete Lügen, Ablaugen, Lügenstrafungen, Abhandeln jeglicher gegenseitiger Achtung, jedes Anstandes, jeder Sitte bereiten ein Schauspiel, welches momentan die Neugierde des großen Publikums reizen kann, welches aber bei längerer Dauer jeden Gebildeten anekelt. Uebrigens kommen und kamen gelegentlich dieser parlamentarischen Heerren köstliche Gesändnisse zu Tage. So ereifert sich das Mitglied der äußersten Linken, der bekannte Baron Nicotra, in seinen Vorwürfen gegen die Regierung so sehr, daß er unbedingt der gestürzten Bourbonnischen Regierung, die Stadstone eine Gottesläugnung nannte, den Vorzug gab vor der jetzigen sogenannten nationalen Regierung. „Etwas Gutes mußte man an

der Bourbonnischen Regierung anerkennen, rief derselbe aus, sie wußte Leben und Eigenthum zu schützen. Die gegenwärtige Administration hat nicht einmal die Kraft, diese Hauptaufgabe der Regierung zu erfüllen.“ Aber weiter: „Ihre Regierung wollte wenigstens einen gewissen Schein von Gerechtigkeit und von Achtung der Gerichte aufrecht erhalten. Es giebt kein Beispiel, daß die Gerichte unter den Bourbonen direct und offen den Befehl erhalten hätten, eher in diesem als in jenem Sinne zu entscheiden. Das Beispiel giebt Ihnen, meine Herren, aber der Minister Rattazzi mit seinem Telegramm an den obersten Gerichtshof von Neapel.“ Es ist doch gut, daß die Menschen ein Gedächtniß haben, wäre es nur, um Vergleiche anstellen zu können. Interessant waren auch die Mittel der Corruption und der Gewaltthatigkeit, durch welche man die Annerion zu bewerkstelligen wußte. Der Marquis Depoli zeigte eine dankenswerthe Aufrichtigkeit, indem er erklärte, daß die Annerionen nicht zu Stande gekommen wären, wenn Piemont nicht das Geld dazu hergegeben hätte. Wir wußten es längst, aber es ist gut, daß einer der Matadore der unarischen Intrigue es eingestehet. Fast komisch ist das von dem Marquis Depoli erzählte Factum, daß der König ihm Wechsel für 500,000 Fres. unterzeichnet habe (um die Romagna zu connectiren), daß aber die Banquiers in Bologna die Wechsel nicht respectiren wollten. Es entstand ein ungeheurer Tumult bei dieser Entbillung, und der Präsident glaubte nichts geschiederes sagen zu können, als man möge bedenken, daß Victor Emanuel damals nur noch König von Sardinien und keineswegs König von Italien, nicht König in den Provinzen war, die ihm den Credit verweigerten.

In der Turiner Kammerung vom 30. November behauptet der Deputierte Ferrari von der Linken, es sei schwer nach so zahlreichen Verlegungen des Statuts die Freiheit wieder herzustellen, man müsse vor Allem alle Unterhandlungen mit Frankreich abbrechen und zur definitiven Organisation Italiens schreiten. Der General Brignone schildert die Ursachen seines gemäßigten Vorgehens in Sicilien und die politische Begeisterung der dortigen Bevölkerung. Der Minister Depretis, der ehemalige Freund Garibaldi's, widerlegt die von der Linken wider ihn geschleuderten Anklagen. Es wird der Schluß der Debatte beantragt. — Die Journale besätigen die Gerüchte von der Demission des Ministeriums.

Die Waffen, die vor 18 Monaten nach den Donaufürstenthümern geschmuggelt worden sollten, von der Pforte aber sequestrirt wurden, sind nach Entschädigung des Importeurs durch die italienische Regierung letzterer übergeben worden und werden nach Genua gebracht.

Die Finanzen des Königreiches Sardinien sind nach den amtlichen Mittheilungen des Ministers Sella im schlechtesten Zustande. Im Jahre 1860 waren im Budget 547 1/2 Millionen Einnahmen und 608 1/2 Mill. Ausgaben veranschlagt; statt dessen waren die Einnahmen nur 416 1/2 Mill., die Ausgaben aber 926 1/2 Mill., also der Betrag des Deficits 510 1/2 Millionen. 1861 schätzte man die Einnahmen auf 477 1/2 Millionen, die Ausgaben auf 853 7/10 Mill.; in Wirklichkeit betragen jene 468 1/2 Mill., diese 973 Mill., also wieder ein Deficit von 504 1/2 Millionen. Für das Jahr 1862 veranschlagte man die Einnahme auf 531 3/10 Mill., die Ausgaben auf 840 1/10 Mill.; jetzt bereits zeigt es sich, daß die letzteren auf 974 1/2 Millionen und das Deficit gleichfalls über eine halbe Milliarde steigen wird. Die Ausgaben für die Arme trugen die Hauptlast an diesem Zustande der Dinge; so hatte man für 1862 sich nur auf ein Heer von 205,000 Mann vorgegeben, hält aber statt dessen jetzt gegen 300,000 Mann. Diese große Vermehrung ist aber ganz zwecklos, so lange Italien weiß, daß es mit seinen eigenen Kräften niemals daran denken kann, Rom oder gar Venedig zu nehmen; man kann nichts erreichen, als das Land zu ruiniren, wenn man fortfährt, jedes Jahr zweimal soviel auszugeben, als man einnimmt.

Nach der Versicherung des römischen Correspondenten des „Ezas“ hatte Herr Drouyn de Lhuys gleich nach Abfertigung seiner letzten Note nach Turin eine Copie derselben nach Rom geschickt, so daß der römische Hof schon, als noch die Journalistik ganze Gebäude von beliebigen Muthmaßungen aufführte, genau wußte, woran sie sich zu halten habe. Graf Kallemand erneuerte gleich nach seiner Ankunft die Versicherung, Frankreich würde nie die Einverleibung Roms in ein Königreich Italien gestatten, das Turiner Cabinet trotz allem keinen Zollbreit kirchlichen Gebietes von Frankreich (NB. mehr!) erhalten. Die kaiserliche Politik habe noch nicht allen Versöhnungsversuchen entsagt, komme jedoch mehr und mehr von der Idee des Unitarismus ab, je mehr sich Kaiser Napoleon von der Unmöglichkeit jeder Transaction überzeuge. Die Wahl Kallemand's zum chargé d'affaires bis zur Ankunft Latour d'Auvergne's hat im Vatican sehr gefallen. Er ist ein eifriger Katholik und Anhänger der weltlichen Macht und des status quo ante bellum; Herr Baude desgleichen. Fürst Latour d'Auvergne, dessen Grundsätze denen jener beiden Herren ähneln, wird in Rom jedoch bei aller seiner Religiosität für sehr abhängig und ungenügend verbunden mit dem Kaiserthum gehalten. Die Motive sind klar. Er stammt von altadliger Familie, die jedoch mit dem hochberühmten Hause der Fürsten Latour d'Auvergne in keiner anderen Verbindung als der selbst erträumten steht. Der letzte Latour hat nur illegitime Nachkommen, die er zu legitimiren strebt und hatte sogar den vermeintlichen Namensvettern den Proceß gemacht, der glücklicher Weise für sie unterdrückt wurde. Die Angeklagten sind im Besitz des Herzogs des Marchalls Turenne, das ihnen in den Augen der Regierung Louis Philipp's als Stammvater diente. Napoleon ließ es ebenfalls dabei bewenden und den Proceß nicht erneuern. Er überschüttete die Familie, um sie an sich zu fesseln, mit Wohlthaten und erkannte alle ihre Rechte an. Der junge Fürst Latour, der sich dem geistlichen Stande widmete, wurde zum

Abtare di Nota für Frankreich, dann Coadjutor des Erzbischofs von Bourges, später zum Erzbischof ernannt und erhält in Kurzem, erst 34 Jahre alt, den Cardinalshut. Sein Bruder, neuerdings zum Gesandten beim heil. Stuhl ernannt, hatte eine gleich schnelle Karriere. Alles verdankt er dem Kaiser und ist deshalb mit Leib und Seele der napoleonischen Dynastie zugewand; gegebenen Falles verstände er gewiß sich ebenso einer neuen Wendung der Politik anzubequemen, wie Fürst Grammont oder Marquis Lavalette, allein persönlich ist er ungleich mehr ergeben dem heil. Vater, als die beiden erwähnten Diplomaten und entspricht in jeder Hinsicht der neuen Phase, in welche die kaiserliche Politik getreten. — Aus Paris berichtet Monsignor Ghigi, Hr. Drouyn habe ihm von einer Restitution der von Rom abgefallenen Provinzen erwähnt. Cardinal Antonelli hält diese nur noch für eine Frage der Zeit, aber für unzweifelhaft. Nach besten Informationen stelle Kaiser Napoleon nur die Verbindung der Erfüllung seines langjährigen Desideratum seiner Krönung durch den Papst als Napoleon III., deren Beweigerung eben die Quelle aller Mißverständnisse und Verwicklungen gewesen. Fürst Latour soll in Kurzem betreffende deutliche Propositionen stellen, auf die der heil. Vater, wie man versichert, endlich nach langer Erwägung eingehen werde. In solchem Falle ginge Sr. Heil. der Papst nach Paris.

In bourbonischen Kreisen Roms berichtet man mit Bestimmtheit, der Aufenthalt der Königin Marie von Neapel in Augsburg werde nur noch einige Wochen dauern, ein Schiff liege im Hafen von Marseille schon seit einigen Wochen bereit, um die hohe Frau nach Civitavecchia überzuführen, sowie Ihre Majestät sich zur Rückkehr entschlossen. Mit ihrem königlichen Gemahl steht die Königin übrigens in regelmäßigem brieflichem und telegraphischem Verkehr, wodurch alle Vermuthungen und Erfindungen über eine beabsichtigte Trennung ihre beste Widerlegung finden. — Ueber die gegenwärtige Stellung des apostolischen Stuhles zu Frankreich bemerkt der Corr. der A. Z. aus Rom, daß das päpstliche Cabinet zwar mit großer Befriedigung und Anerkennung die Garantie der Unverletzlichkeit des Kirchenstaates aufgenommen hat, und alles aufbietet, jede feindliche Collision zwischen den Regierungen beider Staaten nach Kräften zu vermeiden, aber auch mit Bestimmtheit die Restauration der usurpirten Provinzen erwartet.

## Rußland.

Die Nachricht der neuesten Warschauer Depesche in Betreff der Zollreform veranlaßt den „Ezas“ auch jetzt wieder zu der Erklärung, daß wenn Reformen in dieser Hinsicht durch Aufstellung einer Grenze zwischen Congresspolen einerseits und Lithauen und Wolhynien andererseits erkauf werden müßten, die Freude über vermeintliche Concessionen hundertfach überwogen werden würde durch die Entrüstung, die diese Theilung Polens (!) hervorriefe. An Stelle des Herrn Niepokojecki soll Herr Wladyslaw Kascki Präses der Bank werden; man hält jedoch diese Ernennung für unbegründet, weil den Candidaten für sich nicht qualificirend zu diesem Posten. Die Gerüchte von der Vergiftung zweier Agenten der geheimen Polizei scheinen sich zu bestätigen. Gregorew soll gestorben, Rafowski durch ein Antidot getretet worden sein. Der vor einigen Monaten zum Rector der geistlichen Akademie ernannte Domherr Wopiel ist zum Bischof von Plock ernannt worden. Wie es heißt, wurde zu dem Rectorposten von der Regierung Hochw. Johann Kozmian aus Posen berufen. Wie wir gehört, wurde als Kandidat zu dieser Stelle auch Hochw. Solian, der schon seit längerer Zeit von Krakau nach Warschau übersiedelt, genannt. Alle diese Geistlichen gehören der streng-katholischen Richtung an.

Ueber den in Plock verübten politischen Mord berichtet die Pol. Bzg. noch einige Einzelheiten. Der ermordete Jurczynowski war zugleich Winkelconsulent und Factor. In einer Abendstunde sollen nun ein paar Männer mit einer angeblich wichtigen Sache zu ihm gekommen sein. Die Wichtigkeit dieser Sache bestand aber darin, daß einer der fremden Männer den J. mit verschiedenen Schimpfworten überschüttete, welche J., eine kräftige Person, mit Faustschlägen erwiderte. In demselben Augenblick erhielt er jedoch ein paar Dolchschläge von hinten ins Genick, den letzten Stoß so tief, daß der Dolch nicht wieder herausgezogen werden konnte. Trotz dessen lief der Bewundete, mit dem Dolch im Genick, auf die Straße, um Rettung zu suchen. Ihm gegenüber wohnte ein russischer Kaufmann; bei dem glaubte er Hilfe zu finden, aber er erreichte nicht mehr das Haus; man fand ihn halbtodt auf dem Pflaster. Die Dienerin des Ueberfallenen hatte aus einem Nebengemach zwar das Geräusch im Zimmer gehört, aber nicht geglaubt, daß derselbe sich in solcher Gefahr befinde.

Das „Journal de St. Petersburg“ giebt heute eine vollständige Analyse des neuen Gesetzes über die Handelssteuer. Die Handelsfreiheit bringt sie nicht, indeß bessert sie doch in mancher Beziehung unsere jetzige Gesetzgebung schon dadurch, daß sie die Patentsteuer der ersten Gild auf 265 Rubel, jene der zweiten auf 65 bis 25 Rubel, je nach den verschiedenen Städten herabsetzt. Der Kleinhandel zerfällt in mehrere Kategorien mit einer Besteuerung von 15 bis 2 1/2 Rubel. Außer der Handelssteuer muß aber jeder Kaufmann oder Industrielle eine Certificatstaxe von 2 bis 30 Rubel entrichten. Die verschiedenen Rechte jeder Classe sind mit einer Präcision angegeben, die sich nur auf dem Papiere haben läßt, in der Wirklichkeit aber gar nicht ausführbar ist. Ausländer werden wie Inländer zu den zwei Handelsgilden, welche es in Zukunft geben soll, zugelassen, und diese Gilden behalten ihre bisherigen Privilegien, deren vorzüglichste die Befreiung von der Recrutierung und den Leibesstrafen. Bezüglich der ausländischen Israeliten sollen die bisherigen Beschränkungen aufrecht bleiben, d. h. sie können nur in die erste Gilde eintreten, es wäre denn, sie



N. 20461. Kundmachung (4362. 2-3)

Mit dem, zu Folge Verordnung Sr. Excellenz des galizischen k. k. Herrn Statthalters vom 14. November l. J. 3. 8995 ergangenen Erlasse des h. k. k. Statthaltereicommissionen-Präsidenten vom 20. November l. J. 3. 1066 präs. wurde dem Magistrate aufgetragen, Behufs der neuen Wahl eines Landtags-Abgeordneten in Krakau die Verzeichnisse über die Wahlberechtigten Gemeindeglieder der k. Hauptstadt Krakau — nach den Grundsätzen des Gemeindegesetzes vom 17. März 1849 und den nachträglichen Verordnungen zu verfaßen.

Diesem h. Auftrage gemäß wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die nach den obgedachten Grundsätzen und Weisungen verfaßten Verzeichnisse der wahlberechtigten Bürger und Gemeindeglieder im Zwecke der Einbringung von etwaigen Reclamationen entweder wegen unvollständiger Aufnahme in dieselben, oder wegen nicht gehöriger Einreichung in Folge der unrichtig angelegten Steuerpflichtigkeit vom 7. bis 20. December l. J. im IV. Magistrats-Departement (Haus-Nr. 116 n. 125 a., Domberrngasse 2. Stock) öffentlich aufgelegt, und nach Ablauf dieser Reclamationsfrist endgiltig abgeschlossen werden. Gleichzeitig wird die Bevölkerung der Landeshauptstadt Krakau ausdrücklich auf den Umstand aufmerksam gemacht, daß zu Folge hoher Ministerial-Verordnung vom 6. April 1850, und hohen Staats-Ministerial-Erlasses vom 14. März 1861, 3. 1398, die Ausübung des Wahlrechtes der Gemeinde-Bürger von der vollständigen Berichtigung der fälligen directen Steuern abhängig ist, und daß sich daher die wahlberechtigten Steuerpflichtigen Inhabern der Stadt Krakau bereiten müssen, ihrer Steuerpflicht, von welcher das Wahlrecht abhängt, vollkommen Genüge zu leisten.

Vom Magistrate der k. Hauptstadt. Krakau, am 1. December 1862.

N. 67319. Kundmachung (4366. 1-3)

Aus der den Namen Sr. kais. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Karl Ludwig führenden Stipendienstiftung ist ein Stipendium im jährlichen Betrage von 157 fl. 50 kr. ö. W. mit Beginn des laufenden Studienjahres wieder zu begeben.

Dieses Stipendium ist ausschließlich für Rechtshörer der Lemberger oder Krakauer Universität für die Dauer der Universitätsstudien bestimmt, und es haben schriftlich das nächste Anrecht hierauf:

- a) arme, die Rechtsstudien beabsichtigenden Jünglinge armenischen Ritus aus dem Kolomeaer Kreise gebürtig;
b) in deren Ermanglung arme, die juristischen Studien frequentirenden Jünglinge armenischen Ritus, die aus den Stanislawer oder Brzesaner Kreise gebürtig sind;
c) im Abgange solcher, derlei Jünglinge armenischen Ritus, die überhaupt in Galizien geboren sind;
d) und wenn auch solche nicht vorhanden wären, arme Rechtshörer des armenischen Ritus aus der Bukowina gebürtig.

In Ermanglung der laut a. bis d. zum Stipendien-genusse vorzugsweise berufenen Jünglinge wird das Stipendium an einen armenischen Rechtshörer ohne Unterschied des Ritus verliehen werden.

Dieses Stipendium ist für Jünglinge bestimmt, welche in Galizien geboren sind und sich dem Studium der Arzneikunde an einer inländischen Universität entweder bereits widmen oder künftig widmen wollen.

Bewerber um dieses Stipendium haben ihre mit den Taufscheinen, den Studien-, Verwendungs- und Armuthszeugnissen und wenn sie noch nicht Mediziner sind, mit den Maturitätszeugnissen und mit der Erklärung, daß sie an einer k. k. Universität die Arzneikunde studiren wollen, belegten Gesuche innerhalb der Concursfrist im Wege der Vorstände der betreffenden Lehranstalt bei der k. k. Statthaltereie einzubringen.

Vom der k. k. galiz. Statthaltereie. Lemberg, am 28. October 1862.

N. 67319. Obwieszczenie.

Ze stypendyjnej fundacyi pod nazwą Jego Cesarskiej Mości najdosłojniejszego Arcyksięcia Karola Ludwika, jest do obzadzenia stypendyjom w rocznej kwocie 157 zła. 50 cent. z rozpoczęciem bieżącego roku szkolnego.

To stypendyjom przeznaczony jest wyłącznie tylko dla słuchaczy praw Lwowskiego albo Krakowskiego uniwersytetu i według fundacyjnego listu największe mają prawo:

- a) ubodzy, na wydział prawniczy uczęszczający młodzieńcy ormiańskiego wyznania, rodem z Kołomyjskiego obwodu;
b) w braku tych, na jurydyczny wydział uczęszczający młodzieńcy ormiańskiego wyznania, którzy są urodzeni w Stanislawowskim albo Brzeskim obwodzie.
c) w braku takich, owi młodzieńcy ormiańskiego wyznania, którzy w ogóle z Galicyi są rodem;
d) nareszcie jeżeliby i takich nie było, ubodzy słuchacze praw ormiańskiego wyznania rodem z Bukowiny.

W braku młodzieńców powołanych przedewszystkiem do pobierania stypendyjom pod a. do d. nadane zostanie stypendyjom ubogiemu słuchaczowi praw bez różnicy wyznania.

Ci którzy się chcą ubiegać o nadanie tego stypendyjom wniesć mają za pośrednictwem kolegium profesorów swoje w metrykę chrztu, świadectwo ubóstwa, dalej w świadectwa frekwencyi szkolnej i zachowania się zaopatrzone podania do dnia 15 grudnia 1862 do c. k. Namiestnictwa.

Od c. k. galic. Namiestnictwa. Lwów, dnia 28 października 1862.

N. 67319. Kundmachung (4367. 1-3)

Zur Wiederbesetzung mehrerer Stipendien jährlicher 105 fl. ö. W. welche für Ruthenen, die den juristischen oder philosophischen Studien obliegen, bestimmt sind, wird der Concurs bis 15. December 1862 ausgeschrieben.

Die Bewerber um diese Stipendien haben ihre Gesuche, welche mit den Taufscheinen und Mittellosigkeitszeugnissen, dann den Studien- und Frequentationszeugnissen behgig zu belegen sind, durch das betreffende Professoren-Collegium innerhalb der Concursfrist bei der k. k. Statthaltereie einzubringen.

Vom der k. k. galizischen Statthaltereie. Lemberg, am 28. October 1862.

N. 67319. Obwieszczenie.

Dla ponownego obsadzenia kilku stypendyjom rocznych 105 zła. przeznaczonych dla rusinów posiadających się jurydycznym albo filozoficznym naukom, rozpisyje się konkurs do dnia 15go grudnia 1862.

Ubiegający się o te stypendya wniesć mają swoje podania zaopatrzone należycie w metrykę chrztu i świadectwo ubóstwa, dalej w świadectwa szkolne i frekwencyjne, w drodze odnosnego kolegium profesorów i w ciągu konkursowego terminu do c. k. Namiestnictwa.

Z c. k. galic. Namiestnictwa. Lwów, dnia 28 października 1862.

N. 67319. Kundmachung (4363. 1-3)

Zur Besetzung eines Stipendiums jährlicher 52 fl. 50 kr. ö. W. aus der vom ehemaligen Szywaldter Pfarrer Andreas Stawek gegründeten Stiftung wird der Concurs bis 15. December 1862 ausgeschrieben.

Zum Genuße dieses Stipendiums sind arme Studierende an den Krakauer Lehranstalten berufen, welche sich in Sitten, Fleiß und Fortgang in den Studien auszeichnen.

Bei übrigens gleichen Umständen haben Studierende aus dem Pfarbezirke Szywald, Tarnower Kreises vor den übrigen Bewerbern den Vorzug.

Die Gesuche um dieses Stipendium sind im Wege der Vorstände der betreffenden Lehranstalten innerhalb des Concurstermines bei der k. k. Statthaltereie-Commission in Krakau einzubringen.

Vom der k. k. galiz. Statthaltereie. Lemberg, am 28. October 1862.

N. 67319. Obwieszczenie.

Dla nadania stypendyjom rocznych 52 zła. 50 cent. z fundacyi byłego proboszcza z Szywaldu Andrzeja Stawka rozpisyje się konkurs do dnia 15 grudnia 1862.

Dla otrzymania tego stypendyjom powołani są ubodzy uczniowie w Krakowskich zakładach naukowych.

Przy jednakowych z resztą stosunkach mają przed innymi ubiegającymi się pierwszeństwo uczniowie z Szywaldskiej parafii obwodu Tarnowskiego.

Podania o te stypendya mają być wniesione w ciągu terminu konkursowego i w drodze przelożonych odnosnych zakładów naukowych do c. k. Komisji Namiestnictwa w Krakowie.

Od c. k. galic. Namiestnictwa. Lwów, dnia 28 października 1862.

N. 67319. Kundmachung (4364. 1-3)

Zur Wiederverleihung des von Franz von Eichhorn gestifteten Stipendiums, welches gegenwärtig 126 fl. ö. W. beträgt, wird der Concurs bis 15. December 1862 ausgeschrieben.

Dieses Stipendium ist für Jünglinge bestimmt, welche in Galizien geboren sind und sich dem Studium der Arzneikunde an einer inländischen Universität entweder bereits widmen oder künftig widmen wollen.

Bewerber um dieses Stipendium haben ihre mit den Taufscheinen, den Studien-, Verwendungs- und Armuthszeugnissen und wenn sie noch nicht Mediziner sind, mit den Maturitätszeugnissen und mit der Erklärung, daß sie an einer k. k. Universität die Arzneikunde studiren wollen, belegten Gesuche innerhalb der Concursfrist im Wege der Vorstände der betreffenden Lehranstalt bei der k. k. Statthaltereie einzubringen.

Vom der k. k. galiz. Statthaltereie. Lemberg, am 28. October 1862.

N. 67319. Obwieszczenie.

Dla ponownego udzielenia stypendyjom fundacyi Franciszka Eichhorna obecnie w kwocie 126 zła. rozpisyje się konkurs do dnia 15 grudnia 1862 r.

To stypendyjom przeznaczone jest dla młodzieńców urodzonych w Galicyi i którzy poświęcają się albo poświęcać się pragną naukom lekarskim przy jednym z krajowych uniwersytetów.

Ubiegający się o stypendyjom mają swoje w metrykę chrztu, niemniej w świadectwa szkolne, moralności i ubóstwa, oraz jeżeli nieuczęszczają jeszcze na wydział medyczny, w świadectwa dojrzałości i w deklaracyja, że chcą się uczyć na je-

dnym z c. k. uniwersytetów medycyny, zaopatrzone podania, wniesć w ciągu konkursowego terminu za pośrednictwem przelożonych odnosnego zakładu naukowego do c. k. Namiestnictwa.

Od c. k. galic. Namiestnictwa. Lwów, dnia 28 października 1862.

N. 67319. Kundmachung (4365. 1-3)

Zur Wiederverleihung eines vom Jakob Kulozycki gestifteten Familien-Stipendiums im Betrage jährlicher 116 fl. ö. W. wird hiemit der Concurs bis 15. December 1862 ausgeschrieben.

Zu dieser Stiftung sind zunächst die unmittelbaren Blutsverwandten des Stifters des vorstehenden Landrechtspräsidenten in Lemberg Jakob von Kulozycki, in deren Ermanglung andere den Namen Kulozycki führende Jünglinge, berufen.

Der Genuß des Stipendiums dauert vom Eintritt in die Normalschulen bis zur Beendigung der Rechtsstudien.

Diesjenigen welche sich um diesen Stiftungsplatz bewerben wollen, haben ihre, mit den Beweisen der Verwandtschaft mit dem Stifter, über ihr Alter, Moralität, Mittellosigkeit und mit den Zeugnissen über den Studienfortgang belegten Gesuche im Wege der vorgeführten Lehranstalt innerhalb des Concurstermines bei der k. k. Statthaltereie einzubringen.

Vom der k. k. galiz. Statthaltereie. Lemberg, am 28. October 1862.

N. 67319. Obwieszczenie.

Dla ponownego nadania stypendyjom familijnego fundacyi Jakóba Kulczyckiego w kwocie rocznych 116 zła. 20 cent. rozpisyje się konkurs do dnia 15 grudnia 1862.

Do tego stypendyjom powołani są przedewszystkiem najbliżsi krewni fundatora s. p. Jakóba Kulczyckiego zmarłego, prezydenta sądu krajowego, a w braku tych, inni młodzieńcy nazwiska Kulczyckich.

Pobieranie tego stypendyjom trwa od wstąpienia do szkół normalnych, aż do ukończenia nauk prawniczych.

Ci którzy się chcą ubiegać o to stypendyjom mają wniesć swoje w dowody pokrewieństwa z fundatorem, dalej co do ich wieku, moralności i ubóstwa, niemniej świadectwa szkolne zaopatrzone podania w drodze przelożonego zakładu naukowego w ciągu konkursowego terminu do c. k. Namiestnictwa.

Od c. k. galic. Namiestnictwa. Lwów, dnia 28 października 1862.

N. 614-2. Licitationskündigung (4345. 2 3)

Wegen Sicherstellung der verschiedenen Erfordernisse für das Krakauer k. k. Garnisons-Spital, die Krakauer k. k. Garnisons-Apotheke und die k. k. Artillerie-Schulcompagnie zu Lobzow auf die Zeit von der Ausfertigung und Unterfertigung des Protocolls bis letzten November 1863 wird am 15. December 1862 Vormittags um 9 Uhr und wenn es nöthig sein sollte, an den nächst darauf folgenden Tagen eine erneuerte öffentliche Licitation beim obigen Spital abgehalten werden, allwo die Licitations-Bedingungen in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden können. Schriftliche Offerte sind ausgeschlossen.

Krakauer k. k. Garnisons-Spital am 27. Nov. 1862.

N. 8912. Licitations-Aufündigung (4370. 3)

Von der k. k. Finanz-Bezirks-Direction zu Wadowice wird bekannt gemacht, daß wegen Verpachtung der Verzehrungs-Steuer vom Fleischaufbrauch in den nachbenannten Pachtbezirken auf die Dauer von 3 Jahren das ist vom 1. November 1862 bis Ende October 1865 die öffentliche Versteigerung an den nachstehend bezeichneten Tagen werden abgehalten werden:

Pachtbez. Ausruhrspr. v. Fleische Licitationstag
Skawina . . . 1708 fl. 10. December 1862 Nachmit.
Sucha . . . 1003 fl. 11. " " " Vormit.
Maków . . . 1058 fl. 11. " " " Nachmit.

Die Licitationsbedingungen können hieramts, dann bei den k. k. Finanzwacht-Commissären zu Wadowice, Skawina, Jordanów eingesehen werden.

Vom der k. k. Finanz-Bezirks-Direction. Wadowice, am 26. November 1862.

N. 3530 c. E d y k t (4357. 2-3)

Ze strony c. k. Urzędu powiatowego jako Sądu w Nowy targu niniejszem wiadomo się czyni, że Jan Marszałek w Pieniążkowicach w r. 1847 testamentalnie pomarł.

Ponieważ pobyt terazniejszy synów tegoż Jana i Jędrzeja Marszałków tutezésemu sądowi wiadomy nie jest, przeto takowi wzywają się, ażeby w przeciagu roku od daty niżej położonej w tutezészem sądzie zgłosili o do dziedziczenia tego spadku deklarowali się, przeciwnie bowiem pertraktacyja z zgłaszającymi się sukcesorami i ustanowionym dla nieobecnych kuratorem Janem Marszałkiem przeprowadzona będzie.

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd. Nowy targ, dnia 14 listopada 1862.

Wiener - Börse - Bericht vom 2. December. Offentliche Schuld. A. Des Staates.

Table with financial data including interest rates and bond values. Columns include 'In Def.', 'aus dem National-Anlehen', 'vom Jahre 1861', etc.

B. Der Kronländer. Grundentlastungs-Obligationen

Table listing obligations for various regions like 'von Miede. Österr.', 'von Schlesen', 'von Steiermark', etc.

Netten (pr. Sl.)

Table of 'Netten' values for various banks and institutions like 'der Nationalbank', 'der Kredit-Anstalt', etc.

Waubriete

Table of 'Waubriete' interest rates for 'Nationalbank', 'der Nationalbank', 'auf österr. Währ.', etc.

Cours der Geldsorten.

Table of 'Cours der Geldsorten' showing exchange rates for various cities like 'Augsburg', 'Frankfurt', 'London', 'Paris', etc.

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge vom 15. September 1862

Table of train schedules with columns for destination, departure/arrival time, and train number.

Polnische Theater in Krakau

unter Direction von Julius Pfeiffer. Donnerstag, am 4. December 1862.

Seelen-Abel.

Lustspiel-Dichtung in 3 Acten v. Chęciński. Zum Schluß.

Die Scheintodte Leibrente.

Volksbild mit Gesang in 1 Act von Bron. Debicki. Anfang um halb 7 Uhr.

Buchdruckerei-Geschäftsleiter: Anton Rother.

Meteorologische Beobachtungen.

Meteorological observation table with columns for 'Barom.-Höhe', 'Temperatur', 'Relative Feuchtigkeit', etc.